

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/86

Hannover, 24. Oktober 1947
Telefon: 20951/52

Warnung ist keine Drohung

R.B. Schumacher erklärte in den USA, es bestände die Gefahr eines neuen Nationalismus, wenn man die Dörntage in der vorgesehenen Form in den Westzonen durchführe. Diese und ähnliche Warnungen wurden von den Alliierten bisher entweder bagatelisiert oder als eine Drohung mit dem deutschen Nationalismus aufgefaßt. Schumacher legt jede drohende Geste fern, es muß ihm aber freistehen, festzustellen, wie das deutsche Volk mehr und mehr in eine gereizte Abwehrstellung gerät und wie man zugleich in immer verstärktem Maße jedem Hinweis auf Demokratie mit verbitterter Ironie begegnet.

Eine Vielfalt von Kräften bewirkte die Entstehung des ersten Weltkrieges, deren Ursachen nicht allein in Deutschland zu suchen waren. Auch in ihm war es vor allem auch die mangelnde Unterstützung der demokratischen Kräfte durch das Ausland, die Hitler das Spiel erleichterte. Sie führten ihm Wasser des deutschen Volkes zu, das in seiner großen Mehrheit noch nie die Fähigkeit zu politisch nichtsternen Denken und zum Waghalten in der Fixierung von Wünschen und Zielen besessen hat.

Den zweiten Weltkrieg entfachte Hitler. Als das Blutvergießen ein Ende hatte, erschienen die Alliierten und riefen dem deutschen Volke die Vorteile der Demokratie, von der es nicht weniger als eine anfechtbare Gerechtigkeit erwartete. Stichtliche Maßnahmen der Alliierten wurden als Auswirkungen der Demokratie schlechthin aufgenommen und dabei sowohl von den Siegern als auch von den Besiegten völlig übersehen, daß es eine Unmöglichkeit ist, demokratisches Denken mit absoluter Befehlsgewalt einzuführen. Es ist nicht recht zu begreifen, weshalb die Deutschen plötzlich zu einer politisch hochintelligenten Volke geworden sein sollten, einen Volk, das sich untereinander der Demokratie halleidigte, während ihm von oben her auf Nacht besierende Anweisungen erteilt worden. Es kam dann auch so, daß es den wenigsten einleuchtet, weshalb man in Demokratie brauchen, wenn in allen entscheidenden Dingen befohlen wird.

"Die Alliierten sind nicht anders als Hitler, Hitler war nur ehrlicher, denn er sagt offen, was er willt", diese scharfkliegende Vereinfachung konnte nicht allzu sehr verwandern, da die Behandlung, die die Deutschen erfahren, ebenfalls sehr vereinfacht war, ob es sich nun um Ausweisungen, Demontagen, Kalorien oder Industrieproduktionen handelte. Hieraus resultiert schließlich nicht nur das neue Aufkeimen nationalistischer Gefühle, es führt auch dazu, daß einem immer größeren Teile des deutschen Volkes die Exponenten eines demokratischen Denkens verdächtig werden. Auch von ihnen heißt es heute, sie seien nicht anders als die Nazis, was dumm und unwahr ist.

Wenn zum Beispiel der Kultusminister eines großen deutschen Landes im vorigen Winter in seinem Dienstzimmer mit Hut und Mantel arbeitete, während es unablässig von der Decke tropfte, wenn der Führer einer Partei eine primitive Dachwohnung inne hat, wenn hohe Ministerialbeamte mittags eine bläuliche Graupensuppe aus häßlichen Zorzellenspfannen löffeln, dann sind das kleine aber eindrucksvolle Zeugnisse dafür, daß es nicht so wie bei den Nazis ist. Vielleicht wird man Gegenbeispiele anführen können. Sie zu verallgemeinern wäre unter allen Umständen eine zumisch wohl bewußte Fälschung, zum mindesten eine grobe Ungerechtigkeit. Aber der neue Nationalismus scheint nun einmal die Ablehnung aller demokratischen Hinrichtungen und Ideen im Gefolge zu haben.

Warnungen vor einem deutschen Nationalismus sind alles weniger als Drohungen, sie bringen die tiefe Besorgnis um eine Entwicklung zum Ausdruck, die so beängstigend viel Ähnlichkeit mit der nach 1919 hat. Es brauchen nicht deutsche Mächttaber sein, die sich diese Stimmung eines Tages nutzbar machen.

De Gaulles graue Eminenz

An dem überraschenden Wahlsieg der Sammlungsbewegung de Gaulles hat nach Ansicht gut informierter Kreise vor allem de Gaulles "graue Eminenz", Gaston Pawlewski, großen Anteil. Pawlewski war Kabinettschef des ehemaligen Ministerpräsidenten Reynaud und dürfte es wohl auch wieder werden, wenn de Gaulle eines Tages erneut an die Macht gelangen sollte. Nach seiner Ansicht wird die Stärke der Kommunisten erheblich überschätzt. Sie seien in Frankreich nur so stark, weil die anderen Parteien so schwach sind. Pawlewski ist von Natur aus ungemein lebhaft und elastisch und wohnt in einem alten Haus in der Rue Buonaparte in Paris.

(m/B65/2410/hs)

24. Oktober 1947

Wir bringen den folgenden hochinteressanten Beitrag unseres Mitarbeiters trotz seiner Länge ungekürzt, um unsere Bezüher mit dem gesamten Material bekannt zu machen und ihnen selbst die Auswahl zu überlassen, falls sie sich nicht zu einem ungekürzten Abdruck entschliessen können.
Die Redaktion

Byrnes: Berichte und Vorschläge

Der frühere Staatssekretär berichtet über seine vergeblichen Versuche, den Frieden wieder herzustellen
(Von Friedrich Stampfer, New York)

Selten hat ein Buch bei seinem Erscheinen grösseres Aufsehen erregt als James F. Byrnes "Speaking Frankly", das dieser Tage bei Harper & Brothers herausgekommen ist. Zehn Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Amt berichtet der frühere Staatssekretär, auf eigenen stenographischen Notizen gestützt, über die Verhandlungen, die in Jalta, Potsdam, London, Paris und New York um die Wiederherstellung des Weltfriedens geführt worden sind. Aus seinen eigenen Erfahrungen schlussfolgernd, macht er dann Vorschläge für den künftigen Kurs der amerikanischen Politik.

Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, dass bei der Vorbereitung der Friedens mit viel weniger sachlichem Ernst vorgegangen worden ist, als man zu erwarten berechtigt gewesen wäre, dass dabei die Leidenschaften des Krieges eine übergrosse Rolle gespielt haben und dass ihnen gegenüber staatsmännische Erwägungen weit in den Hintergrund getreten sind. Beispielsweise schien in Jalta noch volle Einigkeit unter den grossen Drei zu bestehen, dass

Deutschlands Aufteilung in mehrere Staaten

notwendig sei. Stalin wünschte sogar noch in Jalta, dass den Deutschen gleich bei ihrer Kapitulation jene Ansicht zur Kenntnis gebracht werden sollte. Nun aber fand Churchill die Sache kompliziert und fortsetzte ihr Studium, das Roosevelt auf dreissig Tage befristet wollte. Darüber gab es dann noch einiges Hin und Her. Stalin wünschte eine weitere Diskussion in Potsdam, zu der es aber nicht mehr kam. "Die Gedanken aller drei Regierungen hatten sich von der Zerstückelung abgewandt, und das Thema tauchte nicht mehr auf."

Später setzte sich bekanntlich Russland für die politische Einheit Deutschlands (westlich der Oder-Neisse-Linie) ein, während in Amerika als Rückstand der Zerstückelungsidee ein Plan zur weitgehenden föderalistischen Auflockerung Deutschlands übrig blieb. Von keiner der drei Mächte kann man sagen, dass sie in dieser wichtigen Frage einen konsequenten und klaren Standpunkt eingenommen hat. Der grundsätzlich demokratische Einwand, dass man keinem Volk den Verzicht auf seine staatliche Einheit aufzwingen darf, ist von keiner Seite erhoben worden.

Ein grosser Teil des Buches handelt von:

territorialer Fragen.

Byrnes will zeigen, dass Russland unter allen Regierungsformen die gleichen territorialen Ziele verfolgt hat. Zu diesem Zweck zitiert er die 1853 erschienene Schrift von Karl Marx "The Eastern Question", in der

Marx sagt, Russland sei seit der Zeit Peters des Grossen 700 Meilen in der Richtung auf Berlin und Wien vorgedrungen und habe seit 60 Jahren sein europäisches Gebiet verdoppelt. Wenn Russland die Türkei erobere, würden Ungarn, Galizien und Preussen folgen. Darum forderte Marx, dass der russischen Annexionslust Halt geboten werde. Von jener Zeit führt die Linie der russischen Aussenpolitik über den Hitler-Stalin-Pakt zu den jüngsten Verhandlungen mit den Westmächten. Durch den Pakt mit Hitler sicherte sich Stalin die Herrschaft über das Baltikum und Ostpolen, der Pakt scheiterte aber schliesslich an den übertriebenen Forderungen Stalins (Rückzug der Hitler-Truppen aus Finnland, russische Befestigungen in den Dardanellen, persisches Gebiet südlich von Baku und die Kohlengruben von Nord-Sachalin).

Bei den Verhandlungen in Jalta forderten die Russen ein noch grösseres Stück von Polen - über die Curzonlinie hinaus - als sie bekommen haben. Hier äusserte Churchill bereits Bedenken gegen die Oder-Weisse-Linie als Polens Westgrenze. Die Drei waren aber darin einig, dass Polen für den Verlust seiner Ostprovinzen deutsche Gebiete als Kompensationen erhalten sollten. (Die Gebietsabtretungen, so waren auch die Austreibungen der bisherigen Einwohner nur noch Fragen des Wieviel. Churchill äusserte Befürchtungen, dass die Verpflanzung von Millionen Deutscher nach dem Westen dort unmögliche Zustände schaffen würde. Auch diesen Bedenken, die mehr praktischer als grundsätzlicher Natur waren, wurde bekanntlich in keiner Weise Rechnung getragen.

Erfolgreich war Russland auch mit seinen territorialen Ansprüchen im Fernen Osten. In einem ganz geheimen Protokoll in Jalta wurden ihm von Roosevelt die Kurilen, Süd-Sachalin und Port Arthur zugesprochen. Dairen sollte internationalisiert, die sotchinesischen und südmandschurischen Bahnen sollten von Russen und Chinesen gemeinsam betrieben werden. Das Abkommen, das abgeschlossen wurde, als Stettinius Staatssekretär war, wurde so geheim gehalten, dass Byrnes, als er Staatssekretär wurde, nur durch Zufall davon erfuhr. Er teilte seine Entdeckung Truman mit, der dann eine Suche nach ähnlichen Dokumenten in den Archiven des Weissen Hauses und ihre Überführung ins State Department anordnete. Byrnes entschuldigt sowohl den Inhalt des Geheimabkommens, das auf Kosten des verbündeten China geschlossen wurde, wie auch die Geheimhaltung mit der Notwendigkeit, Russland als Bundesgenossen gegen Japan zu gewinnen.

Hauptgegenstand der Konferenz von Jalta war
das Problem der Reparationen.

Es war, nach den Darstellungen Byrnes', der russische Delegierte Malenky, der als erster die fast völlige Vernichtung der deutschen Industrie vorschlug. Nicht weniger als 80% aller Industrieanlagen sollte abgetragen und als Reparationen ins Ausland verbracht werden. Aus den Erträgen des Abbaus sollte dann Deutschland noch laufende Reparationen zahlen, bis in einem Zeitraum von zehn Jahren - zwanzig Milliarden Dollar bezahlt wären, von denen Russland die Hälfte bekommen sollte. Roosevelt erklärte sich damit einverstanden, dass die zwanzig und zehn Milliarden "zur Grundlage der Diskussion" gemacht würden. Die Russen haben das als eine prinzipielle Zustimmung zu ihrer Forderung auszunutzen versucht. Byrnes will diese Auslegung nicht gelten lassen. Er kann aber in einem anderen Punkt, was wir ihn nicht verstehen, Roosevelt einen leisen Vorwurf nicht erheben. Roosevelt hatte in der Debatte gesagt, Amerika könnte nicht menschliche Arbeitskraft als Reparation besitzen; "wie die Sowjetrepubliken es können". Diese Wendung

wurde von Maisky in das Protokoll gebracht, ohne das Byrnes etwas davon merkte. "Hätte ich davon gewußt", schreibt er, "so hätte ich in den Präsidenten gedrungen, sich der Protokollierung einer Äußerung zu widersetzen, die den Gebrauch großer Gruppen menschlicher Wesen als Zwangs- oder Sklavenarbeiter in Erwägung zieht". "Leider", so fährt er fort, "muß ich sagen, daß sich Deutsche und Japaner als Arbeiter solcher Art noch immer in den Händen der Alliierten befinden". An einer anderen Stelle des Buches schildert Byrnes ausführlich seine Bemühungen, die Verbündeten in der Frage der Kriegsgefangenen von einem Verhalten abzubringen, das nach seinen Worten den Geist und Buchstaben der Genfer Konvention und feierlichen internationalen Gelübnissen widerspricht.

Wohl das spannendste und merkwürdigste Kapitel des Buches betrifft den sogenannten Morgenthau-Plan, über dessen Geschichte Byrnes folgendermaßen berichtet. Im August 1944 diskutierte Roosevelt mit seinen Ratgebern über den künftigen Frieden mit Deutschland und sprach sich dabei heftig gegen einen "weichen" Frie heraus. Die Deutschen, sagte er, sollten ihre Verantwortung für den Krieg kennen lernen. Für lange Zeit sollten sie "Suppe zum Frühstück, Suppe zu Mittag und Suppe zu Abend haben". "Das klang nicht wie Präsident Roosevelt", sagt Byrnes dazu. "Er war zornig".

Um jene Zeit bestellte Roosevelt einen engeren Kabinettsausschuß zur Vorbereitung des Friedens, bestehend aus dem Staatssekretär Hull, dem Schatzsekretär Morgenthau und dem Kriegesekretär Stimson. Die Drei kamen zu keiner Übereinstimmung. Weder Hull noch Stimson billigten den Plan Morgenthaus, der, ähnlich wie jener Maiskys, die deutsche Industrie vom Erdboden verschwinden lassen wollte. Dann kam die Konferenz von Quebec, zu der Hull nicht zugezogen wurde, weil, wie der Präsident sagte, "nur militärische Angelegenheiten" besprochen werden sollten. Aber Morgenthau war anwesend, und das Ergebnis war ein von Roosevelt und Churchill mit ihren Anfangsbuchstaben gezeichnetes, als genehmigtes Protokoll vom 15. September 1944, das mit den Worten schloß:

Dieses Programm zur Austilgung der kriegserzeugenden Industrien der Ruhr und der Saar hat zum Ziel, Deutschland in ein hauptsächlich Ackerbau und Viehzucht treibendes Land zu verwandeln.

Der Premierminister und der Präsident haben sich mit diesem Programm einverstanden erklärt*.

Byrnes findet das Verhalten der beiden Unterzeichner "vollkommen unverständlich". Denn Churchill hat in allen Verhandlungen einen Standpunkt eingenommen, der jenem Morgenthau geradezu entgegengesetzt ist. Roosevelt aber wurde wütend, als Nachrichten über das Quebec-Protokoll in die Öffentlichkeit drangen. Niemand, sagte er, hätte die Verwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat verlangt; der ungetreue Beamte, der solche Unwahrheit verbreitete, müßte herausgefunden und bestraft werden. Es kam dann zu einer Aussprache zwischen Roosevelt und Stimson, in der Roosevelt abermals bestritt, daß er Deutschland zu einem Agrarland machen wollte, worauf Stimson auf den Wortlaut des Protokolls verwies. "Stimson", so fährt Byrnes fort, "hatte eine echte Zuneigung zum Präsidenten und eine große Bewunderung für die Rolle, die er während des Krieges gespielt hatte. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Präsident einen Ruchefrieden nicht

billigen würde. Der Präsident stimmte Stimson zu und sagte, er wüßte nicht, wieso er die sonderbare Formulierung im Abkommen von Quebec unterzeichnet hätte. Er müßte das, sagte er, getan haben, ohne viel nachzudenken".

Molotov, so erzählt Byrnes dann weiter, habe selbstverständlich von der Konfusion in Washington erfahren und sie zu seinem Vorteil ausgenutzt. Am 10. Juli 1946, auf der Pariser Konferenz, erklärte er, Rußland werde sich der Absicht, Deutschland in einen Agrarstaat zurückzuverwandeln, entschieden widersetzen. Byrnes, nun Staatssekretär, sah in Molotows Rede einen gefährlich-geschickten Versuch, die Gunst der deutschen Arbeiter zu gewinnen, und antwortete, im September 1946, mit seiner berühmten Stuttgarter Rede, die den neuen amerikanischen Kurs Deutschland gegenüber ankündigte und einleitete.

"Festigkeit und Geduld"

Rußland gegenüber empfiehlt Byrnes eine Politik der Festigkeit und der Geduld, Amerika soll versuchen, baldmöglichst zu Friedensverträgen mit Deutschland, Österreich und Japan zu kommen und möglichst viele Staaten in die Friedensarbeit mit einzubeziehen, und es soll sein Angebot, einen vierzigjährigen Vertrag zur Sicherung der deutschen und der japanischen Abrüstung abzuschließen, erneuern. Byrnes will die Hoffnung nicht aufgeben, daß Rußland schließlich doch mitmachen werde, er will aber die Friedensarbeit nicht aufgeben, wenn Rußland nicht mitmacht.

Auf die Frage, wie eine deutsche Regierung geschaffen werden kann, mit der man Frieden schließt, geht er nicht ein. Konflikte will er mit Hilfe der Vereinten Nationen beseitigen. Alles soll getan werden, um den Kriegszustand zu beenden, der mit seiner Verewigung von Militärregierungen und Okkupationsregimen eine ständige Bedrohung von Frieden und Sicherheit darstellt. "Sollten unsere Bemühungen fehlschlagen, so müssen wir die Welt wissen lassen, wer an dem Fehlschlag Schuld trägt. Die Erfahrung zeigt, daß die Sowjetpolitik wandelbar ist und daß ihre Vertreter ihre Ansichten ändern können. Wir müssen sie wissen lassen, daß wir aufrichtig ihre Mitarbeit wünschen, wir müssen aber auch fest sein in unserem Entschluß, wenn wir sie nicht bekommen können, auf alle Fälle voranzugehen gemeinsam mit allen Staaten, die mit uns zusammenarbeiten wollen".

Dies ist die einzige Stelle in dem Buche, die als eine Drohung mit dem Bruch aufgefaßt werden kann, und sie ist es wohl, auf die sich die scharf ablehnende Stellungnahme, einiger Londoner Blätter stützt. Die Gesamttenenz des Buches kann keineswegs als kriegerisch oder drohend bezeichnet werden.

"Große Koalition" mit kleiner Ergebnis
(Brief aus Niedersachsen)

Am 1. November besteht Niedersachsen ein Jahr. Es war nicht zu erwarten, daß das Land in so kurzer Zeit zu einer einheitlichen Staatswesen zusammenwachsen würde, und so zeigen sich heute, zumindest in seinen einzelnen großen Teilen wie Braunschweig und Oldenburg, noch recht "bodenständige Tendenzen". Der Landtagesausschuß für innere Verwaltung hat übrigens gerade jetzt zwei Regierungsvorlagen angeregt (nach vorhergegangenen heftigen Kämpfen um eine Art kleines Ermächtigungsgesetz der Regierung), wodurch eine der vielen Instanzen - Gemeinde, Kreis, Regierungsbezirk, Landesregierung - nämlich der staatliche Regierungsbezirk verschwinden soll und mit ihm die acht Regierungspräsidenten. Damit wäre wenigstens in der Verwaltung die Einheit des Landes erreicht.

Man kann auch nach einem Jahr im Zweifel darüber sein, ob sich die Methode der "Großen Koalition" voll bewährt hat. Diese Form der Zusammenfassung aller Kräfte in der Regierung findet heute viele Anhänger, die meinen, daß nur durch eine Zusammenarbeit aller der ungeheuren Not beizukommen sei, die heute auf Deutschland lastet. Aber nicht nur in Niedersachsen hat sich die Fragwürdigkeit solcher politischer Vernunfttaten erwiesen. Allzuoft ist man zu Kompromissen gekommen, bestehend aus Gesetzesvorlagen, die im ihrem Kern den ursprünglichen Gedanken nur verwässert und deshalb meist wirkungslos wiedergaben. So hat man hierzulande den Eindruck, daß die große Koalition nicht mehr lange bestehen wird, und es gibt viele politisch interessierte Menschen, die das durchaus begrüßen.

Kurze Zeit, nachdem das englische Rahmengesetz über die Bodenreform veröffentlicht wurde, kam es zur ersten Kabinettskrise. Die NLP, die Bauernpartei Niedersachsens, wollte sich einer Beteiligung an unpopulären Gesetzen gegen ihre eigene Wähler entziehen und ihren Minister aus dem Kabinett herausnehmen. Der noch jüngere, aber etwas ehrgeizigere Minister Seeborn (Gesundheit, Aufbau und Arbeit) überzeugte schließlich seine Parteifreunde von der Notwendigkeit eines Verbleibens, was in sozialdemokratischer Weise eher bedauert als begrüßt wurde - hatte es doch zur Folge, daß die Bodenreform um keinen Schritt weiterkam. Bis etwa Mitte Dezember soll die englische Verordnung mit deutschen Ausführungsbestimmungen versehen sein. Es steht aber schon heute fest, daß die Regierung, da sie aus Ministern aller Parteien besteht, kaum eine gemeinsame Gesetzesvorlage über diesen Komplex zustande bringen kann.

Im Landtage selbst ist die Situation nicht einfacher. Die bisher unklare Haltung des Zentrums macht diese Partei wiederum nur Zünglein an der Waage. In der Frage der Bodenreform stimmen SPD und KPD so ziemlich überein. Ihren 73 Abgeordneten stehen 70 der CDU, NLP und FDP gegenüber, den Ausschlag geben die sechs Beauftragten des Zentrums. Am 5. November tritt der Landtag zu seinem siebenten Tagungsabschnitt zusammen. Auf dem Programm steht u.a. die Beratung des Gesetzes über die "Neuordnung der Ernährungsverwaltung", also über den Aufbau der Organisation, die die Erfassung der Agrarprodukte durchzuführen hat, nachdem der Reichsnährstand aufgelöst ist. Bei einer anderen wichtigen

Punkt handelt es sich um folgendes. 1938 hatte das Gebiet, das heute Niedersachsen umfaßt, 4 171 ... Einwohner, 1947 sind es 6 425 ... Niedersachsen hat einen "Flüchtlingsüberhang" von 832 ... Personen, wenn man die mittlere Wohnungsdichte beider Zonen zugrunde legt. Man will in Niedersachsen für diesen "Fünften Stand" sorgen, und es wird dem Landtag ein "Gesetz zur Beschaffung von "Ausrat für Flüchtlinge und gleichgestellte Personen" vorgelegt, wonach "Einrichtungsgegenstände für Wohn- und gewerbliche Zwecke, "Ausrat und "Gegenstände des persönlichen Bedarfs angefordert werden können". Es läßt sich eigentlich nicht leugnen, daß die Große Koalition die Lösung dieser dringlichen Frage bisher eher verschleppt als gefördert hat.

Schließlich: Noch immer hat Niedersachsen keine Verfassung. Der vom Ministerpräsidenten auf einem Leuchtturm auf der Insel Neu Werft ausgearbeitete Entwurf unterlag der starken Kritik aller Parteien und wurde inzwischen vielfach umgearbeitet. Ein Vorschlag der FDP zeigt eine betonte Anlehnung an die Weimarer Verfassung mit einigen merkwürdigen Sonderheiten wie jener, daß der Ministerpräsident vom Landtagspräsidenten ernannt wird, oder den Artikel 31, wonach Angehörige von Fürstenthümern nicht Abgeordnete werden können. Diese letzte Bestimmung soll ein Kiegel gegen die Hannoverischen Welfen sein - belastete Nazis wurden vergessen, wie auch ein Schutz gegen mögliche Zerstörer der Demokratie vermisst wird.

Bodenreform, Flüchtlingswesen, Aufbau der Ernährungsverwaltung, Verfassung und die Vereinfachung der inneren Verwaltung - dies alles sind Probleme und Aufgaben, die noch zu lösen sind - die vielleicht schon gelöst wären, wenn es die "Große Koalition" nicht verhindert hätte. (b/B9/2410/1/hs)

- - -

Sozialistisches Wirken der Tat

Das Dänische Rote Kreuz und die Dänische Liga der Friedensfreunde richten in Braunlage ein Heim für 30 stark gesundheitsgefährdete Kinder ein, das von dänischen Zuwendungen materieller Art, vor allem ernährungsmässig, unterhalten wird. Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren werden durchschnittlich etwa ein Vierteljahr hier aufhalten können. Als Heimleiterin wird eine bewährte Verfechterin sozialistischer Ideen wirken, Frau Brock-Mannestad, durch Heirat dänische Staatsangehörige, die 1935 aus politischen und rassistischen Gründen ihr Besitztum in Braunlage verlassen und Deutschland verlassen musste. Jetzt wird sie ihr praktisches sozialistisches und caritatives Wirken dort fortsetzen, wo sie es 1935 unterbrechen musste. Das durch ihre Initiative errichtete Heim ist das erste seiner Art in ganz Deutschland. (b/B88/1810/ju)

Verantwortlich: Peter Rainau, Hannover